

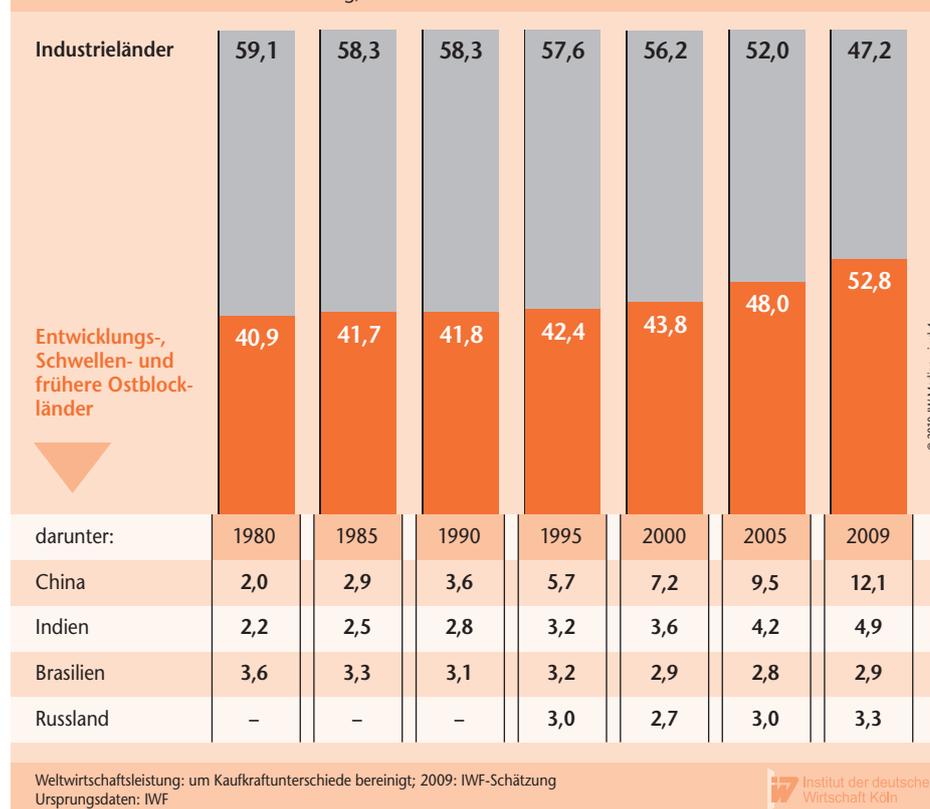
Gewichtige Schwellenländer

Auf dem alljährlichen Weltwirtschaftsforum in Davos treffen sich seit jeher die Wichtigen und Mächtigen – doch die kommen längst nicht mehr nur aus den Industrieländern. In diesem Jahr sind neben Li Keqiang, Chinas Vize-Premier, auch die Präsidenten von Südkorea, Brasilien und Südafrika in die Schweiz gereist, um beim „Überdenken, Umgestalten und Erneuern“ ein gewichtiges Wörtchen mitzureden. Der Wandel der ökonomischen Realitäten und Ränge ist längst im Gange: Schon seit 2007 tragen die Entwicklungs-, die Schwellen- und früheren Ostblockländer mehr als die

Hälfte zur Weltwirtschaftsleistung bei. Der Anteil der Industrieländer dagegen sinkt: Wurden im Jahr 1980 noch fast 60 Prozent des weltweiten Wohlstands in der vermeintlichen „Ersten Welt“ erwirtschaftet, waren es 2009 nur noch 47 Prozent. Dazu gewonnen haben die Schwellenländer, die ihren Anteil in den vergangenen 30 Jahren kräftig ausbauen konnten. Treibende Kraft dieser Entwicklung sind vor allem die Bevölkerungsriesen China und Indien, die ihren Beitrag zum globalen Sozialprodukt von rund 4 Prozent auf zuletzt 17 Prozent steigerten.

Weltwirtschaft: Das Pendel schwingt gen Osten

Anteile an der Weltwirtschaftsleistung, in Prozent



In dieser Woche

Flashmobs: Das Bundesarbeitsgericht hat die kurzfristig anberaumten Protestaktionen der Gewerkschaften für zulässig erklärt. Diese Form des Arbeitskampfs ist für die Arbeitgeber allerdings schwer kalkulierbar. Außerdem können Flashmobs von externen Aktivisten als politische Plattform missbraucht werden. Seite 2

Bildung & Ausbildung: Die Zahl der Absolventen variiert gemessen an der Bevölkerung stark zwischen den Bundesländern: Die meisten Schulabgänger etwa bringt Nordrhein-Westfalen hervor, die meisten Hochschulabsolventen der Stadtstaat Bremen. Im Osten wiederum sind die Ausbildungsabsolventen relativ zahlreich. Seite 3

Sozialleistungen: Schon heute bezieht fast jeder zweite Wahlberechtigte in Deutschland staatliche Transfers. Statistisch betrachtet dürfte bald auf jeden Erwerbstätigen ein Rentner, Arbeitsloser oder Sozialgeldempfänger kommen. Zuletzt bezogen 26,4 Millionen Menschen Sozialleistungen. Seite 4-5

Regionalflyer: Ob Hahn, Nürnberg oder Dresden: Die 19 deutschen Regionalflyer wachsen seit Jahren schneller als die großen Airports wie Frankfurt oder München. Zuletzt fertigten alle kleinen Landeplätze zusammen rund 31 Millionen Passagiere im Jahr ab. Seite 6-7

Unternehmensgründungen: Ausgerechnet im Krisenjahr 2009 ist die Zahl der Unternehmensgründungen wieder leicht gestiegen. Viele junge Existenzgründer dürften mit der Verwirklichung ihrer Geschäftsidee allerdings schlicht einer drohenden Arbeitslosigkeit zuvor gekommen sein. Seite 8

Flashmobs

Arbeitskampf 2.0

In Tarifeinverständigungen nutzen Gewerkschaften mittlerweile Flashmobs als Alternative zum klassischen Streik. Die Blitzaktionen sind allerdings höchst umstritten, weil sie den Arbeitskampf unkalkulierbar machen.

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di hat für den Einzelhandel eine neue Möglichkeit gefunden, Arbeitgeber in tarifpolitischen Auseinandersetzungen zu Zugeständnissen zu drängen: Flashmobs. Dies sind spontane Aktionen, bei denen Menschen per Internet oder SMS aufgefordert werden, sich zu einem fixen Zeitpunkt an einem bestimmten Ort zu versammeln.

In einem konkreten Fall, der kürzlich vor dem Bundesarbeitsgericht (BAG) verhandelt wurde, fanden sich Aktivisten in einem Lebensmittelgeschäft zusammen, um dort alle gleichzeitig Pfennigartikel einzukaufen und mit den Einkaufswagen die Kassen zu blockieren. Außerdem packten sie Wagen voll und ließen sie im Gang stehen.

Das BAG hat nun solche Aktionen grundsätzlich für zulässig erklärt. Dies kommt ver.di sehr gelegen, haben Flashmobs aus Sicht der Gewerkschaft gegenüber Streiks doch zwei Vorteile: Selbst

wenn das Geschäft durch den Einsatz von Streikunwilligen geöffnet bleiben kann, lässt sich der Betriebsablauf stören. Darüber hinaus gewinnt die Gewerkschaft viel öffentliche Aufmerksamkeit.

Ein klassischer Streik kann den Verkauf oder die Produktion zwar vollständig lahmlegen – im Jahr 2008 beispielsweise gingen so mehr als 131.000 Arbeitstage verloren (Grafik). Der Ausstand trifft dann aber nicht nur den Arbeitgeber, sondern auch die Beschäftigten. Denn beim Streik ruht das Arbeitsverhältnis und damit der Lohnanspruch.

Der Flashmob ist hingegen meist eine kurzfristige Aktion, die das betroffene Unternehmen nur vorübergehend schädigt. Wie hart es den Betrieb trifft, hängt immer davon ab, wie dieser auf einen Flashmob reagiert. Das BAG hat die neue Protestform in seinem Urteil nicht zuletzt deshalb gebilligt, weil sich ein Arbeitgeber in den Augen der Richter durch eine Betriebschließung wehren kann. In diesem Fall fügt er sich selbst zwar einen Schaden zu, wird aber zumindest von der Pflicht entbunden, Löhne zu zahlen. Damit haben auch die Arbeitnehmer – wie bei einem regulären Streik – finanzielle Einbußen.

Allerdings gilt das nicht zwangsläufig für alle Teilnehmer eines Flashmobs:

Bei diesen Aktionen können auch eigentlich unbeteiligte Dritte den Betriebsablauf stören.

Sie opfern Freizeit, müssen aber nicht um ihren Lohn bangen. Außerdem ist es möglich, dass die externen Aktivisten politische Ziele verfolgen, die im Arbeitskampf eigentlich nichts zu suchen haben. Die Gewerkschaften können dann im schlimmsten Fall die Kontrolle über die Aktionen verlieren. Außerdem lassen sich Unternehmen mit Flashmobs „bestreiken“, ohne dass die Gewerkschaften dort überhaupt Mitglieder haben.

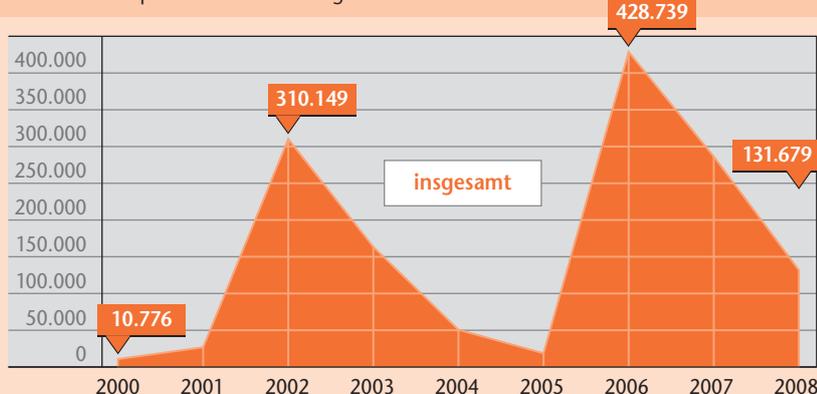
Die Arbeitgeber weisen mit Blick auf das Urteil des Bundesarbeitsgerichts darauf hin, dass sie im Falle eines Flashmobs ihren Betrieb kaum kurzfristig schließen können – ist doch eine solche Spontan-Aktion kaum absehbar. Außerdem befürchten die Unternehmen, dass es im Rahmen von Betriebschließungen zu handfesten Auseinandersetzungen kommen könnte – etwa wenn Aktivisten der Aufforderung, ein Geschäft zu verlassen, nicht nachkommen.

Die Entscheidung des BAG läuft darauf hinaus, die Rechtmäßigkeit von Flashmobs in jedem Einzelfall zu prüfen. Das macht Arbeitskämpfe schwer kalkulierbar. Diese Entwicklung ist fatal, wenn die Tarifparteien die Tarifautonomie auch zukünftig sinnvoll ausfüllen sollen. Die Arbeitgeber haben deshalb gegen das BAG-Urteil Verfassungsbeschwerden eingereicht.

Doch ganz gleich, wie der Streit vor Gericht ausgeht: Der Arbeitskampf ist nach ständiger Rechtsprechung immer nur letztes Mittel in Tarifeinverständigungen. Nach einem gescheiterten Schlichtungsverfahren sollte jeder Streik durch eine Urabstimmung legitimiert werden. Das müsste in Zukunft analog auch für Flashmobs gelten. Sie sollten nur zulässig sein, wenn sich eine Mehrheit der Beschäftigten eines Betriebs für eine entsprechende Aktion ausspricht.

Streiks: Große und kleine Wellen

Durch Arbeitskämpfe verlorene Arbeitstage



Produzierendes Gewerbe

5.070 | 21.068 | 294.813 | 159.253 | 48.470 | 13.339 | 77.006 | 44.213 | 64.191

Dienstleistungssektor

5.706 | 5.765 | 15.336 | 4.028 | 2.203 | 5.294 | 351.733 | 242.155 | 67.488

Arbeitskämpfe: Streiks und Aussperrungen, an denen im betroffenen Betrieb mindestens 10 Arbeitnehmer beteiligt waren und die mindestens einen Tag dauerten oder durch die ein Verlust von mehr als 100 Arbeitstagen entstanden ist; Ursprungsdaten: Bundesagentur für Arbeit

Absolventen: Mal mehr, oft weniger

In Deutschland ist der Nachwuchs recht unterschiedlich verteilt: So gibt es in den alten Bundesländern deutlich mehr Schulabsolventen als im Osten, dafür aber weniger Auszubildende. Akademiker wiederum sind sowohl im Osten als auch in vielen westlichen Flächenländern fast schon Mangelware.

Schule. Die meisten Schulabgänger kann Nordrhein-Westfalen aufweisen – im Jahr 2008 gab es hier 1.749 Absolventen je 100.000 Bürger im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 65 Jahren. Knapp darunter liegen auch die Zahlen in den Bundesländern südlich des Mains. Recht stark ist dagegen der Nachwuchsmangel in den neuen Ländern ausgeprägt – besonders wenige Schulabgänger verzeichnen Sachsen, Thüringen, Brandenburg und Sachsen-Anhalt. Hamburg, das ebenfalls relativ wenige Schulabsolventen vorweist, hat seit 2005 allerdings wieder leicht zugelegt.

Ausbildung. Absolventen einer dualen Berufsausbildung machen nach wie vor den größten Anteil am Fachkräftenachwuchs aus. Derzeit sind auf 100.000 Einwohner im erwerbsfähigen Alter allerdings nur noch 826 bestandene Lehrprüfungen bundesweit zu verzeichnen – mit fallender Tendenz. Hinzu kommen 174 erfolgreiche Absolventen, die eine Ausbildung an einer beruflichen Schule durchlaufen haben. Die wenigsten Lehrabsolventen bringt Berlin hervor, die meisten gibt es in Mecklenburg-Vorpommern, Bremen, Thüringen und Bayern.

Hochschule. Mit 1.140 Nachwuchsschulabsolventen je 100.000 Einwohnern im erwerbsfähigen Alter hat der kleinste der drei Stadtstaaten die größte Konzentration an Hochqualifizierten: Bremen. Die freie Hansestadt ist mit ihren fünf staatlichen und zwei privaten Hochschulen ein Magnet für Studierwillige aus dem niedersächsischen Umland. Platz zwei bei der Absolventendichte belegt Berlin, das mit seinen 30 Hochschulen besonders viele Studenten aus Brandenburg anzieht.



Bildung & Ausbildung

Schulabsolventen: Im Osten eher rar

Anzahl der Schulabsolventen, die mindestens einen Hauptschulabschluss erworben haben, je 100.000 Einwohner im Jahr 2008

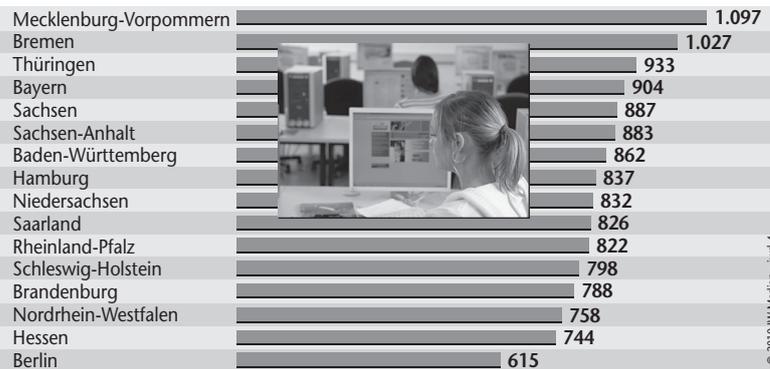


Einwohner: im Alter von 15 bis 65 Jahren
 Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen
 Wirtschaft Köln

Ausbildungsabsolventen: Berlin schwächelt

Anzahl der Absolventen im dualen Ausbildungssystem mit bestandener Kammerprüfung je 100.000 Einwohner im Jahr 2008

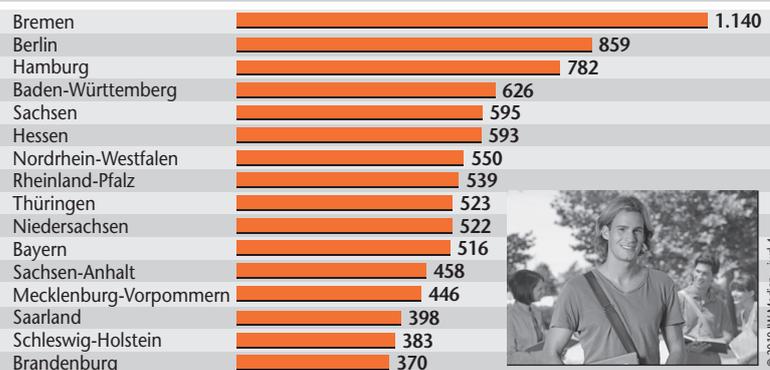


Einwohner: im Alter von 15 bis 65 Jahren
 Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen
 Wirtschaft Köln

Hochschulabsolventen: Stadtstaaten vorn

Anzahl der Hochschulabsolventen mit bestandener Prüfung je 100.000 Einwohner im Jahr 2008



Einwohner: im Alter von 15 bis 65 Jahren
 Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen
 Wirtschaft Köln

Sozialleistungen

Gefährdete Balance

Auch wenn Wirtschaftswachstum und Reformen die zahlenmäßige Relation zwischen Erwerbstätigen und Sozialleistungsempfängern 2007 und 2008 etwas verbessert haben – auf lange Sicht belasten die älter werdende Gesellschaft und die niedrigen Geburtenraten das Transfersystem erheblich: Immer weniger Menschen leisten Beiträge, immer mehr sind auf Hilfe angewiesen.*)

Es gehört zum Selbstverständnis von Sozialstaaten, dass sie ihre Bürger gegen bestimmte Lebensrisiken absichern. Das Dilemma, in das sie dadurch geraten, ist: Die Übernahme staatlicher Fürsorge schwächt die Anreize zur Eigenverantwortung. Im ungünstigsten Fall lässt dies die Zahl der Leistungsempfänger steigen und die Zahl der Erwerbstätigen sinken. Je mehr Menschen jedoch auf die soziale Sicherung durch den Staat angewiesen sind, desto höher werden die Belastungen für die Erwerbstätigen – sie müssen die Sozialleistungen (Kasten) mit ihren Steuern und Abgaben finanzieren.

Wie tief Deutschland in diesem Dilemma steckt, zeigen folgende Zahlen: Im Jahr 1980 standen den 26,4 Millionen Erwerbstätigen 13,4 Millionen Sozialleis-

tungsempfänger gegenüber. Im Jahr 2007 sah es deutlich schlechter aus: Auf 33,5 Millionen Menschen in Lohn und Brot kamen 26,4 Millionen Sozialleistungsempfänger.

Zu den wichtigsten Ursachen gehören die Entwicklung der Wirtschaft und des Arbeitsmarkts, demografische Veränderungen, die Wiedervereinigung und Sozialreformen. Die unangenehme Folge: Obwohl der Bund die Zuschüsse an die Sozialversicherung stetig erhöht hat, stieg die Gesamtbelastung der Arbeitnehmer durch Sozialversicherungsbeiträge zwischen 1980 und 2007 von 32,4 auf 40,6 Prozent.

Die aktuellen Daten zeigen zwar eine leichte Entspannung – doch eine Trendwende lässt sich daraus nicht ableiten.

Denn zum einen stand die globale Wirtschaftskrise erst noch bevor. Und zum anderen gibt die Statistik keine Auskunft darüber, ob die Leistungsbezieher nur einen oder mehrere Transfers erhalten und wie viele Erwerbstätige zusätzlich vom Staat unterstützt werden.

Somit kommt es zu Doppelzählungen, aber auch zu einer Vielzahl von nicht Nicht-zählungen, entweder weil die Datenerhebung nur die wichtigsten Sozialleistungen einbezieht oder weil die Statistik nur die Antragsteller selbst berücksichtigt, nicht aber deren Haushaltsangehörige, die von einer Leistung mitprofitieren – wie etwa beim Wohngeld.

In der Entwicklung von 1992 bis 2007 fallen drei negative Trends auf (Grafik): mehr Langzeitarbeitslose, mehr Alleinerziehende sowie mehr Kinder unter 15 Jahren, die Hartz IV (vor 2005 Arbeitslosen- und Sozialhilfe) beziehen. Zudem ist die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 18 bis 64 Jahren seit 1995 die größte Gruppe aller Transferempfänger (Grafik Seite 5):

Im Jahr 2007 bezog jeder siebte 18- bis 64-Jährige Sozialgeld, Arbeitslosengeld II, Grundsicherung bei Erwerbsunfähigkeit, Bafög, Wohn- oder Elterngeld.

Anfang der 1990er Jahre galt dies erst für jeden Zehnten. Einschließlich der Bezieher von Versicherungsleistungen wie Frührenten, Arbeitslosengeld I oder Kurzarbeitergeld erhielten 2007 gut 24 Prozent der 18- bis 64-Jährigen Geld vom Staat – 4 Prozentpunkte mehr als 1992, aber 0,9 Prozentpunkte weniger als 2006. Dies dürfte vor allem der damals starken Konjunktur zugeschrieben werden.

Die Relation zwischen Einzahlern und Empfängern verschlechtert sich noch, wenn nicht nur die 18- bis 64-Jährigen als Basis dienen, sondern auch die älteren Semester, also die Rentner und Rentnerinnen. Da deren Anteil an der Bevölkerung immer größer wird, nehmen auch die

Transfersystem: Große Herausforderungen

		1992	2007	Veränderung in Prozentpunkten bzw. Prozent
Arbeitslose in Prozent der abhängigen Erwerbspersonen		8,5	10,1	1,6
Langzeitarbeitslose in Prozent der Arbeitslosen		27,8	41,1	13,3
Hartz-IV-Empfänger, in Prozent	insgesamt	2,9	9,8	6,9
	unter 15 Jahren	5,8	16,8	11,0
	Alleinerziehende	25,2	42,3	17,1
Anteil der Niedriglohnempfänger in Prozent, die	... weniger als die Hälfte des Medianlohns verdienen und			
	Vollzeit arbeiten	2,5	6,0	3,5
	Teilzeit arbeiten	–	16,9	–
	... weniger als zwei Drittel des Medianlohns verdienen und			
	Vollzeit arbeiten	7,2	8,6	1,4
	Teilzeit arbeiten	–	14,2	–
Gesamtwirtschaftlicher Durchschnittslohn, in Euro pro Monat	Brutto	1.812	2.266	25,1
	Netto	1.238	1.474	19,1
jährliche Sozialausgaben pro Einwohner, in Euro		6.365	8.593	35,0

© 2010 IW Medien · iwd 4

Hartz-IV-Empfänger 1992: Empfänger von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe; Niedriglohnempfänger: auf Basis von inflationsbereinigten Bruttostundenlöhnen von Voll- und Teilzeitarbeitnehmern; Medianlohn 1992: 12,96 Euro, 2007: 12,87 Euro; gesamtwirtschaftlicher Durchschnittslohn, Sozialausgaben pro Einwohner: Veränderung in Prozent; Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Sozio-oekonomisches Panel, Statistisches Bundesamt

*) Vgl. Waltraut Peter: Entwicklung von Sozialleistungsbezug und Erwerbstätigkeit, gefördert von der informedia-Stiftung – Gemeinnützige Stiftung für Gesellschaftswissenschaften und Publizistik Köln, in: IW-Trends 1/2010

Sozialleistungen: Transfers nehmen zu

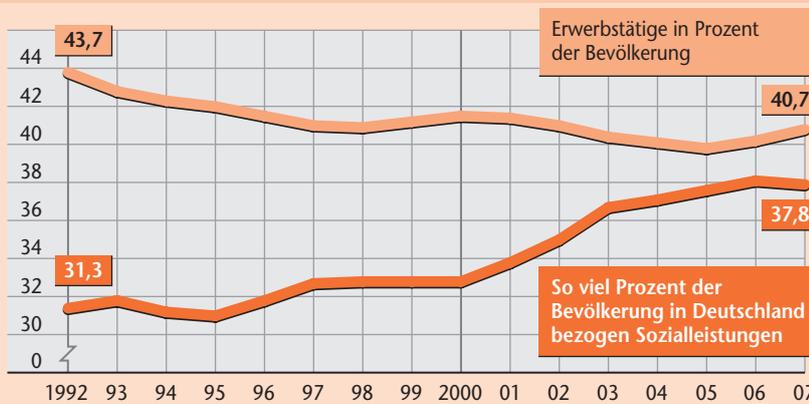
So viel Prozent der erwerbsfähigen Personen im Alter von 18 bis 64 Jahren bezogen in Deutschland 2007

		Veränderung in Prozentpunkten gegenüber ...	
		1992	Vorjahr
Transferleistungen			
Arbeitslosenhilfe/Arbeitslosengeld II	10,2	9,2	-0,2
Bafög	1,8	0,2	-0,0
Erziehungs-/Elterngeld	1,4	-0,1	0,4
Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit	0,7	0,7	0,1
Sozialhilfe/Sozialgeld und Asylbewerberleistungen	0,4	-2,0	-0,0
Allgemeines Wohngeld	0,6	-2,6	-0,1
Insgesamt	15,1	5,4	0,1
Versicherungsleistungen			
Renten und Pensionen	6,9	0,8	-0,3
Arbeitslosen- und Kurzarbeitergeld	2,2	-2,2	-0,7
Insgesamt	9,1	-1,4	-0,9
Sozialleistungen insgesamt	24,2	4,0	-0,9
Erwerbstätigenquote	64,8	-1,9	1,1

Erwerbstätige: ohne Minijobber
Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Bundesamt, Deutsche Rentenversicherung

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Sozialkassen: Weniger Einzahler, mehr Empfänger



Sozialleistungen: Sozialhilfe, Asylbewerberleistungen, Arbeitslosengeld II, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit, Wohngeld, Bafög, Elterngeld, gesetzliche Renten, Arbeitslosen- und Kurzarbeitergeld; Erwerbstätige: ohne Minijobber
Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Bundesamt, Deutsche Rentenversicherung

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Belastungen der Rentenkasse zu. Nicht zuletzt stellen die über 64-Jährigen aber auch eine große – und vor allem wachsende – Wählerschaft, was so manche politische Entscheidung beeinflussen dürfte.

Unterm Strich lag 2007 der Anteil aller Leistungsempfänger an der wahlberechtigten Bevölkerung vor allem aufgrund der Rentner bei 42,4 Prozent.

Es fehlt also nicht mehr viel, bis jeder zweite Wahlberechtigte vom Staat alimentiert wird. Die fortschreitende Alterung

der Bevölkerung, zunehmende Sozialhilfeabhängigkeit von Kindern und bereits beschlossene Leistungserhöhungen können zusammen mit einer steigenden Arbeitslosigkeit dazu führen, dass in Deutschland statistisch betrachtet bald ein Erwerbstätiger den Lebensunterhalt eines Sozialleistungsempfängers finanzieren muss (Grafik). Um die Nachhaltigkeit des Sozialsystems zu sichern, ist darum Grundsätzlicheres notwendig, als wachsende Armutrisiken durch Ausweitungen von Leistungen zu bekämpfen.

Sozialleistungen – Ein Überblick

Sozialleistungen werden über Beiträge oder Steuern finanziert. Beitragsfinanziert sind etwa das Arbeitslosen- und Kurzarbeitergeld sowie die gesetzlichen Renten und das Kranken- und Pflegegeld. Der Leistungsanspruch richtet sich nach der Höhe des Verdienstes, auf den Beiträge gezahlt worden sind.

Große Änderungen der beitragsfinanzierten Leistungen hat es in der Vergangenheit bei den Renten gegeben: Im Jahr 2001 ist die jahrgangweise Anhebung der Altersgrenzen bei den Frührenten in Kraft getreten. Für die Jahrgänge nach 1952 entfällt dadurch die Altersrente wegen Arbeitslosigkeit und nach Altersteilzeit. Das Renteneintrittsalter für Frauen wurde auf 65 Jahre angehoben. Bei den übrigen Renten, wie der Altersrente für Schwerbehinderte und langjährig Versicherte, stieg die Altersgrenze zwar ebenfalls auf 65 Jahre; sie können aber weiterhin ab 63 Jahren mit Abschlägen bezogen werden. Hinzu kommt die stufenweise Anhebung der Regelaltersgrenze von 65 auf 67 Jahre ab dem Jahr 2012. Die Standardnettoernte ist von 2005 bis 2007 um 1,2 Prozentpunkte auf 51,2 Prozent des Durchschnittslohns gesunken. Der Rentenversicherungsbeitrag hingegen ist 2007 von 19,5 auf 19,9 Prozent erhöht worden.

Anspruch auf steuerfinanzierte Fürsorgeleistungen – Sozialhilfe/Sozialgeld, Arbeitslosenhilfe/ALG II, die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit, Wohngeld und Bafög – haben alle Bürger, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigener Kraft bestreiten können, unabhängig davon, ob sie je Steuern oder Beiträge gezahlt haben.

Das ALG II z.B., auch „Hartz IV“ genannt, gibt es seit Anfang 2005. Damals wurden Arbeitslosen- und Sozialhilfe zusammengelegt. Das neu entstandene ALG II soll erwerbsfähigen Hilfebedürftigen ein Existenzminimum bieten, das sie aus eigenen Mitteln oder mit der Hilfe anderer nicht erreichen können. Der Eckregelsatz beträgt bundesweit aktuell 359 Euro, die Kosten für Miete und Heizung übernimmt der Staat in der Regel extra.

Arbeitslosigkeit ist keine Voraussetzung für den Bezug – Hartz IV wird auch ergänzend zu anderen Einkommen und Sozialleistungen bezahlt. Zudem gelten Freibeträge für den Hinzuverdienst: ein Grundfreibetrag von 100 Euro, 20 Prozent des Bruttoeinkommens oberhalb von 100 Euro bis 800 Euro und 10 Prozent des Bruttoeinkommens ab 801 Euro bis 1.200 Euro (1.500 Euro bei Familien).

Projekt KMU-MINT: Pilotunternehmen gesucht



Termin

Ingenieure, Techniker und Co. sind auf dem Arbeitsmarkt nach wie vor schwer zu finden. Im Juni 2009 etwa übertraf die Zahl der offenen Stellen für Akademiker aus den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT) diejenige der gemeldeten Arbeitslosen der gleichen Fachrichtungen um 61.000 – und das trotz Wirtschaftskrise.

Angesichts solcher Zahlen machen sich gerade kleine und mittlere Unternehmen (KMU) berechnete Sorgen, wie sie ihren MINT-Fachkräftebedarf langfristig decken können.

Das Projekt KMU-MINT will diese Betriebe unterstützen. Dazu sollen externe Berater gemeinsam mit 15 ausgewählten Pilotunternehmen ab Juni 2010 personalpolitische Ansätze erproben. Zur Teilnahme sind alle interessierten KMU aufgerufen. Die Bewerber müssen lediglich zwei Voraussetzungen erfüllen:

- Die Firmen beschäftigen maximal 250 Mitarbeiter und sind auf der Suche nach qualifizierten MINT-Kräften.
- Sie unterstützen die Projektleitung bei der Analyse des Handlungsbedarfs in ihrem Unternehmen und setzen die mit den Personalberatern erarbeiteten Lösungen innerhalb der 18-monatigen Testphase um.

Im Gegenzug erhalten die Pilotbetriebe maßgeschneiderte Projektleistungen – und zwar kostenlos. Die individuellen Lösungen werden auf der Basis eines Instrumentenkastens erarbeitet, der vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln zusammen mit dem RKW (Rationalisierungs- und Innovationszentrum der Deutschen Wirtschaft) Kompetenzzentrum in Eschborn entwickelt wurde.

Dazu gehören unter anderem eine Unternehmensanalyse, die eine Mitarbeiterbefragung umfasst, sowie ein Programm zur Personalbedarfsplanung. Beide Module dienen dazu, aktuelle Probleme bei der Rekrutierung und Bindung von MINT-Fachkräften aufzudecken sowie Hinweise zur Problemlösung zu liefern. Die Ergebnisse der Analyse werden von den Personalberatern und dem jeweiligen Pilotunternehmen genutzt, um gemeinsam auf den Betrieb zugeschnittene Strategien herauszufiltern.

Weitere Informationen:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln
Christian Hollmann, Telefon: 0221 4981-686
E-Mail: hollmann@iwkkoeln.de,
Internet: www.iwkoeln.de/KMU-MINT

Regionalflughäfen Kleine Job-Jets

Deutschland verfügt neben den internationalen Airports über ein dichtes Netz kleiner Regionalflughäfen. Ihr Ausbau wurde in den vergangenen Jahren vor allem von den Landesregierungen forciert. Mit einem Passagieraufkommen von insgesamt mehr als 30 Millionen Personen können sie den Großflughäfen zwar nicht das Wasser reichen – ihr jährliches Passagierwachstum von gut 6 Prozent übertrifft die Zuwachsraten der Großen jedoch deutlich.*)

Die Welt des Luftverkehrs ist hierzu-lande zweigeteilt. Neben den zwei großen Platzhirschen – den Drehkreuzen Frankfurt und München – sowie fünf weiteren Airports mit jeweils mindestens zehn Millionen Passagieren pro Jahr gibt es ein breites Spektrum kleinerer Flughäfen. Auch von diesen Regionalairports ist der Start in die Sonne möglich, auch von dort können Europas Metropolen angefliegen werden.

In Deutschland existieren 19 regionale Flughäfen, die 2008 jeweils mehr als 100.000 startende und landende Passagiere abfertigten.

Mit Nürnberg, Hannover und Hahn fallen hierunter jedoch auch drei Verkehrsflughäfen mit vier bis über fünf Millionen Fluggästen jährlich. Sie werden als Regionalflughäfen eingestuft, weil sie in ihrem Verkehrsaufkommen einen deutlichen Abstand zu den Großflughäfen aufweisen und sich nicht als internationale Drehkreuze verstehen, auch wenn die eine oder andere Airline eine Umsteigeverbindung anbietet.

Dass die Kleinen die Großen ergänzen, lässt sich schon an den Passagierzahlen ablesen: Insgesamt zählten die 19 Regionalflughäfen im Jahr 2008 mehr als 31 Millionen an- und abfliegende Fluggäste. Die sieben Großflughäfen – Berlin wird als ein Standort gezählt – schleusten hingegen 160 Millionen Passagiere durch ihre Terminals.

Nicht erst heute stoßen große Airports wie Rhein-Main an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit. Der weitere Ausbau wird von der Bevölkerung jedoch kaum noch toleriert. Mit dem Bau einer vierten Bahn in Frankfurt, einer dritten in München und der Zusammenlegung der Berliner Flughäfen dürfte der Spielraum für

neue Kapazitäten daher erst einmal ausgereizt sein.

Der Ausbau der kleinen Flughäfen ist deshalb sinnvoll. Sie können die Großen in vielen Fällen entlasten – was sie schon in den vergangenen zehn Jahren getan haben:

Die Zahl der Flugreisenden an den untersuchten Regionalflughäfen stieg zwischen 1997 und 2008 um jährlich 6,1 Prozent. An den Großstandorten wurde dagegen nur ein Zuwachs von 3,8 Prozent verzeichnet.

Überdies lag das Wachstum der Regionalflughäfen in allen Jahren über dem der großen Airports.

Das größte Plus verzeichneten im vergangenen Jahrzehnt drei Regionalflughäfen, die sich auf das Geschäft mit Ryanair, Easyjet und Co. spezialisiert haben. Denn über niedrigere Gebühren, die von den Billigfliegern regelrecht eingefordert werden, ziehen sie mehr Verkehr an. Der ehemalige Militärflugplatz Hahn etwa hat in jedem Jahr sein Passagieraufkommen um 62 Prozent gesteigert, Karlsruhe legte im Jahreschnitt um 44 Prozent zu und Lübeck um 18 Prozent (Grafik).

Die Entwicklung der Regionalflughäfen zeigt, dass die Bevölkerung das Angebot annimmt. Durch das dichte Netz der Pisten verkürzen sich die Anfahrtswege, längere Autofahrten können vermieden werden.

Auch für die Wirtschaft sind Runways in der Provinz ein Segen. Sie schaffen dort direkt und indirekt Arbeitsplätze. Als Faustregel gilt:

Je eine Million Passagiere entstehen an den Flughäfen direkt etwa 1.000

*) Vgl. Klaus-Heiner Röhl: Regionalpolitische Aspekte der Flughafeninfrastruktur, in: IW-Trends 4/2009

Arbeitsplätze – der Frachtverkehr bringt zusätzliche Jobs.

Etwa ein Fünftel der Stellen entfallen auf die Flughafengesellschaften, vier Fünftel auf die Luftfahrtgesellschaften und weitere im Flughafen tätige Unternehmen und Institutionen. Hinzu kommen noch einmal circa 2.000 Arbeitsplätze durch Gewerbeansiedlungen im Umfeld der Flughäfen – für einige Firmen wie etwa Paketdienste ist ein Airport sogar das wichtigste Standortkriterium. An diesen Unternehmen hängen wiederum Branchen wie Werkstätten für die Fahrzeugflotte der Kuriere.

Die 19 Regionalflughäfen in Deutschland dürften demnach an den Standorten selbst fast 32.000 Beschäftigten Lohn und Brot bieten; weitere rund 61.000 Arbeitsplätze entstehen im Umfeld. Für die oft strukturschwachen Regionen, in denen die Startbahnen liegen, ist das ein Segen.

Die stärksten regionalen Impulse gehen dabei vom Flughafen Hahn aus. Dort arbeiten rund um das Rollfeld bereits über 3.000 Personen. Etwa 5.000 weitere Arbeitsplätze hängen im Hunsrück indirekt vom Flughafen Hahn ab. Hier scheint die Konversion nach Aufgabe des Militärstandorts voll gelungen.

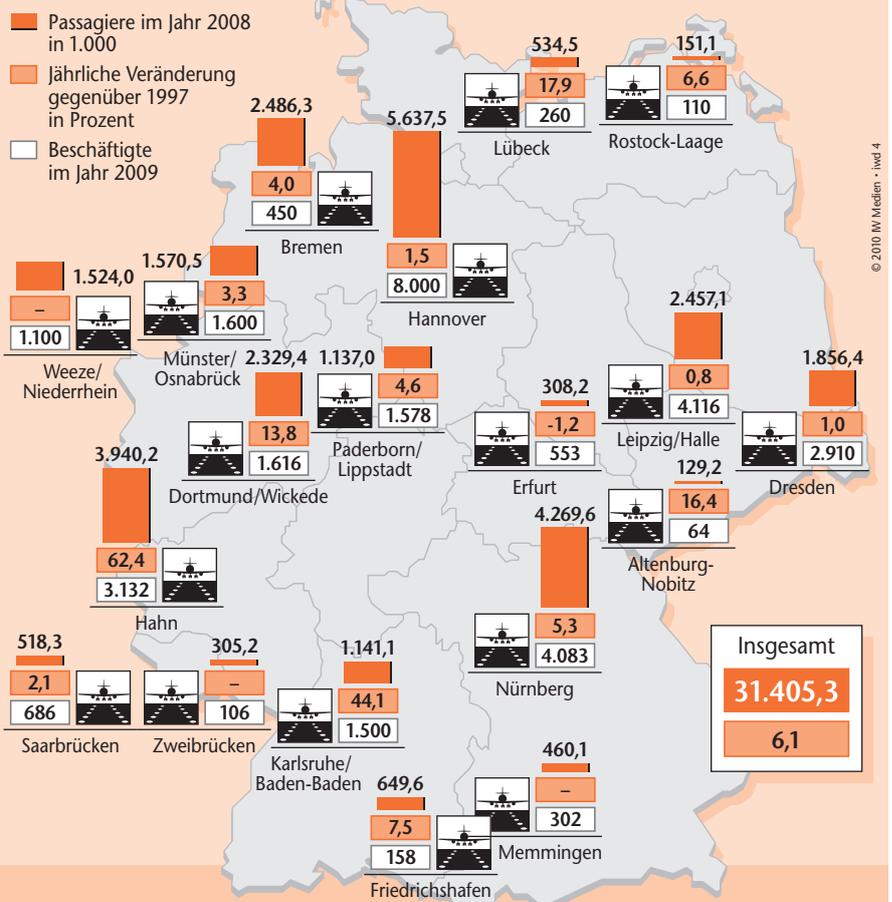
Der Vorschlag, dass der Hunsrück-Airport das Drehkreuz Rhein-Main entlastet, ist jedoch unrealistisch. Bei einer Entfernung zwischen den Flughäfen von 125 Kilometern und einer fehlenden Autobahn- und Schienenanbindung ist Hahn als Ausweichrollfeld nur bedingt tauglich. Seine Funktion dürfte sich auch weiterhin auf die Rolle als Billigflugstandort beschränken:

Der irische Low-Cost-Carrier Ryanair will sein Engagement verstärken und die Zahl der dort stationierten Flugzeuge bis 2012 auf 18 Maschinen verdoppeln.

Auch könnte der Frachtumschlag zunehmen, wenn anderswo, z.B. in Frankfurt, ein weitgehendes Nachtflugverbot in Kraft tritt.

Den Landesregierungen, die ihre Regionalflughäfen hätscheln, wird oft vorgeworfen, sie würden sich mit ihrer Subventionspolitik gegenseitig Passagiere abjagen. Am Ende finanziere der Steuerzahler und nicht der Fluggast den Luftverkehr. So ist es aber nicht. Dem kommt

Regionalflyhghäfen: Kurze Wege



Regionalflyhghäfen mit 100.000 bis 2 Millionen Passagieren sowie Verkehrsflughäfen ohne überregionale Bedeutung; in Weeze, Memmingen und Zweibrücken wurde der Flugbetrieb erst nach 1997 aufgenommen; Beschäftigte: Bremen und Friedrichshafen nur bei der Flughafengesellschaft; Beschäftigte in Dortmund, Dresden, Leipzig/Halle und Nürnberg: Stand 2008; teilweise Schätzung; Ursprungsdaten: Arbeitsgemeinschaft Deutscher Verkehrsflughäfen (ADV), Statistisches Bundesamt, Angaben der Flughäfen

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

bereits die EU zuvor, die darüber wacht, dass keine Dauersubvention gezahlt wird. Zudem liegen nur selten Regionalflughäfen beiderseits von Ländergrenzen so dicht beieinander, dass sie sich direkte Konkurrenz machen.

Außerdem sorgt der Flugplatz kurz hinter der eigenen Landesgrenze letztlich dafür, dass man selbst besser erreichbar ist. Und die Jobs, die dort entstehen, sind auch für die eigene Bevölkerung ein Pluspunkt. Insofern haben alle etwas vom Ausbau der Regionalairports.

Das zusätzliche Angebot schafft überdies mehr Wettbewerb, denn es schränkt die Marktmacht bestehender Standorte ein. Dies gilt insbesondere für Urlaubs-

und Europaverbindungen, wo die Charterflieger und Billigairlines stark sind. Fliegen ist nicht zuletzt deshalb im innerdeutschen Verkehr und bei Verbindungen zwischen den Metropolen auf dem alten Kontinent in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre nicht teurer geworden. Seit dem Jahr 2000 wird zwar wieder ein Preisanstieg verzeichnet. Allerdings ist der zusätzliche Obolus vor allem den Anschlägen vom 11. September 2001 geschuldet – danach erhöhten sich die Sicherheitsgebühren schlagartig. Die stark gestiegenen Treibstoffkosten, die von den Carriern ebenfalls an die Passagiere weitergereicht wurden, taten ein Übriges.

Unternehmensgründungen

Finanzierungsprobleme erschweren Start

Die Zahl der Unternehmensgründungen in Deutschland ist 2009 leicht gestiegen. Ob sich der zuvor rückläufige Trend damit gedreht hat, ist allerdings fraglich. Denn viele Firmen sind entstanden, weil ihre Gründer vor der Wahl standen: Arbeitslosigkeit oder Selbstständigkeit. Zudem haben sich die Finanzierungsprobleme potenzieller Neu-Unternehmer in jüngster Zeit verschärft, was ebenfalls keinen Gründungsboom erwarten lässt.

Wer in diesen wirtschaftlich schwierigen Zeiten nach guten Neuigkeiten sucht, den dürfte die Meldung von Anfang Januar erfreuen: Nach ersten Schätzungen des Instituts für Mittelstandsforschung Bonn wurden in Deutschland 2009 insgesamt 410.000 Unternehmen gegründet – das waren 3 Prozent mehr als im Vorjahr.

Dies ist allerdings nicht unbedingt ein Beleg dafür, dass die Bundesbürger mehr zukunftsweisende Geschäftsideen gehabt hätten, mit denen sie künftig Gewinne erzielen und zahlreiche neue Jobs schaffen könnten. Denn anders als in den USA, wo viele Gründer geschäftliche Chancen zu nutzen versuchen, entsteht in Deutschland traditionell ein hoher Anteil aller neuen Firmen aus der Not, also aus der Arbeitslosigkeit heraus. Daher spiegelt die 2009 gestiegene Zahl der Gründungen wohl nicht zuletzt die im

Zuge der Krise leicht verschlechterte Arbeitsmarktsituation wider.

Doch selbst wenn die neu entstandenen Betriebe allesamt Zukunft haben sollten, so zeigt der Gründungstrend mittelfristig eindeutig abwärts. Dies gilt auch für Unternehmen, die das Potenzial haben, für zusätzliche Beschäftigung zu sorgen. Als Kriterium hierfür gilt, dass eine Firma im Handelsregister eingetragen wurde oder maßgeblich durch Fremdkapital finanziert und dies durch die Wirtschaftsauskunftei Creditreform dokumentiert wurde. Die Entwicklung im Detail, wie sie das Gründungspanel der KfW Bankengruppe sowie des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) widerspiegelt (Grafik):

Die Zahl dieser Unternehmensgründungen schrumpfte von 2005 bis 2008 um nahezu 15 Prozent auf 206.000.

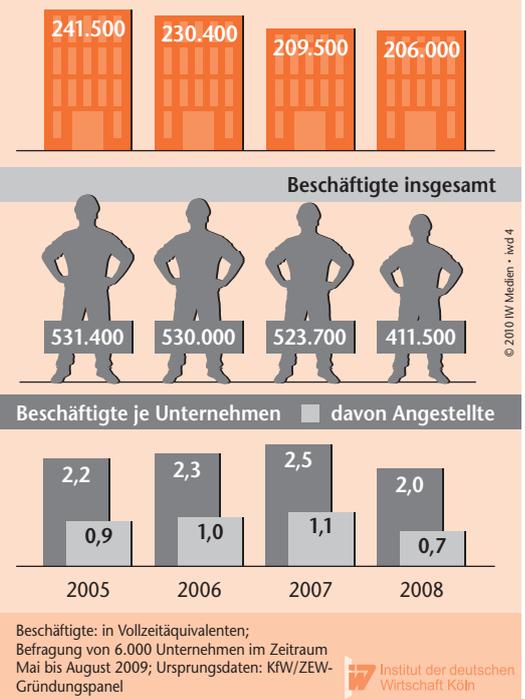
Auf Vollzeitstellen umgerechnet zählten die 2008 auf die Beine gestellten Betriebe nach der Abgrenzung des Gründungspanels insgesamt 411.500 Beschäftigte – gut ein Fünftel weniger als bei den Gründungen des Jahres 2005. Zuletzt arbeiteten in jeder Neugründung im Schnitt nur noch zwei Personen.

Kleiner heißt jedoch nicht unbedingt auch erfolgloser – wie sich im derzeit rauerer Wirtschaftsklima zeigt. In der Befragung von KfW und ZEW vom Sommer 2009 gab zwar knapp die Hälfte der seit 2005 gegründeten größeren Unternehmen an, vom Konjunkturtief negativ betroffen zu sein – etwa weil Aufträge ausblieben oder die Kunden nicht zahlten.

Immerhin fast jede zehnte junge Firma berichtete aber, sie könne aus

Unternehmensgründungen: Weniger und kleiner

Neu gegründete Unternehmen, die ins Handelsregister eingetragen wurden und/oder deren Finanzierung durch die Wirtschaftsauskunftei Creditreform erfasst wurde



der Krise sogar positive Impulse für das eigene Geschäft gewinnen – etwa, weil sie ihre Produkte günstiger anbieten als die etablierte Konkurrenz.

Die beste Unternehmensstrategie nützt jedoch wenig, wenn die erforderlichen Finanzmittel zur Umsetzung der Ideen fehlen. Dieses Problem plagt viele frischgebackene Firmengründer schon länger. Bereits 2008 gaben 22 Prozent von ihnen an, nur schwer an Kredite, Kapitaleinlagen oder auch öffentliche Gründungszuschüsse zu kommen. Ein Jahr zuvor waren es nur 16 Prozent und in früheren Jahren noch weniger. Die meisten Unternehmer gehen daher nur an den Start, wenn sie über ein finanzielles Polster verfügen – zuletzt haben neun von zehn Gründern eigene Mittel genutzt, die insgesamt gut die Hälfte des Finanzbedarfs gedeckt haben.

Für Adressaufkleber